

Niederschrift Gemeinderat

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 27.09.2018 um 19:30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:05 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 26.07.2018, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Peter Felbermeier

Anwesende
Gemeinderäte:

Claudia Kops
Angelika Goldfuß
Josef Brandmair
Anton Bredl
Ergun Dost
Anton Johann Eberl
Dorothea Hansen
Josef Heigl
Simon Käser
Armgard Körner
Michael Kuffner
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Martin Müller
Bernhard Seidenath
Theodor Thönnißen
Ingrid Waizmann
Wilhelm Welshofer

Entschuldigt fehlten:

Thomas Kranz
Dr. Manfred Moosauer

Vorsitzender:



Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:



Otto Felkel
Geschäftsleiter

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. **Bau eines neuen Geh- und Radweges in Verlängerung der Hauptstraße ortsauswärts bis zur B 13 einschließlich Überquerungshilfe**
- 1.1 **Vorstellung der Planung**
- 1.2 **Durchführung der Maßnahme (Maßnahmenbeschluss)**
- 1.3 **Abschluss einer Vereinbarung mit dem Staatl. Bauamt Freising bezüglich Überquerungshilfe**
2. **Bebauungsplan Krautgärten, 7.Änderung**
- 2.1 **Öffentliche Auslegung gem. § 13 a i. V. mit § 13 Abs. 2 i. V. mit § 3 Abs. 2 BauGB**
- 2.2 **Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**
- 2.3 **Satzungsbeschluss**
3. **Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 26.07.2018**
4. **Bericht des Bürgermeisters**
5. **Wünsche und Anregungen**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 27.09.2018

Zahl der geladenen Mitglieder: 21
19

Zahl der Anwesenden:

Entschuldigt: 2

Nicht entschuldigt: 0

1. **Bau eines neuen Geh- und Radweges in Verlängerung der Hauptstraße ortsauwärts bis zur B 13 einschließlich Überquerungshilfe**

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hatte in der Sitzung vom 01.06.2017 den Grundsatzbeschluss gefasst, dass vom Ortsrand beim Feuerwehrgebäude bis zur B 13 ein Geh- und Radweg gebaut werden soll. Diese Entscheidung wurde in der Sitzung vom 22.03.2018 dahin gehend ergänzt, dass die Gemeinde gegen Kostenerstattung auch die Querungshilfe über die B 13 realisieren wird.

1.1 Vorstellung der Planung

Sachverhalt:

Hr. Dost wird den aktuellen Planungsstand des künftigen Geh- und Radwegs einschließlich Querungshilfe erläutern. Es handelt sich dabei um den gleichen Planungsstand, auf dessen Basis am 31.08.2018 die staatliche Förderung bei der Regierung von Oberbayern beantragt worden war.

Diskussionsverlauf:

Herr Dost erläuterte Power Point-gestützt

- Bestandssituation (U.a. wies er darauf hin, dass auf der B13 bei der letzten Verkehrszählung 11.580 Fahrzeuge an einem Tag gezählt wurden, davon 655 Schwerlast-Fahrzeuge)
- Wege-Planung einschließlich Querungshilfe mit Details (Neubaustrecke des gemeindlichen Geh- und Radwegs beträgt 1.175 m. Die Querungshilfe benötigt eine Beleuchtung. Gemeinde hat von der Reg. v. Obb. die Auflage bekommen im Einmündungsbereich der gemeindlichen Ortsverbindungsstraße = Verlängerung der Hauptstraße in die B13 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einen „Tropfen“ einzubauen. Diese Mehrkosten sind förderfähig.)
- Kostenteilung zwischen Geh- und Radweg einerseits (=gemeindliche Maßnahme die nach GVFG gefördert wird) sowie Querungshilfe andererseits (=Maßnahme, die Gemeinde für Staatl. Bauamt gegen Kostenerstattung abwickeln wird)
- Baubeginn wird für Frühjahr 2019 angestrebt; Bauzeit rd. 3 Monate

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat hält es für zweckmäßig, dass im Rahmen des Wegebbaus ein Leerrohr mitverlegt wird.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

1.2 Durchführung der Maßnahme (Maßnahmenbeschluss)

Sachverhalt:

Für den Bau des Geh- und Radweges in Verlängerung der Hauptstraße ortsauwärts bis zur B13 stellt die Verwaltung bei der Regierung von Oberbayern einen Förderantrag. Aufgrund eines fehlenden Bauprogramms ist für die Antragstellung ein Durchführungsbeschluss des Gemeinderats notwendig.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt die Durchführung des Baus des Geh- und Radweges in Verlängerung der Hauptstraße ortsauwärts bis zur B13 zu der in TOP 2.1 vorgestellten Planung.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

1.3 Abschluss einer Vereinbarung mit dem Staatl. Bauamt Freising bezüglich Überquerungshilfe

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 22.03.2018 hatte der Gemeinderat grundsätzlich beschlossen die Überquerungshilfe über die B 13 für das Staatliche Bauamt gegen Kostenerstattung abzuwickeln. Diese Entscheidung war getroffen worden um eine zeitnahe Realisierung des Gesamtprojektes zu erreichen, denn die Staatliche Behörde hat derzeit nicht die erforderlichen Personalkapazitäten für die Abwicklung.

In der zur Genehmigung anstehenden Vereinbarung, die auch mit dem IB Dost abgestimmt ist, sind nun alle erforderlichen Abwicklungsdetails geregelt wie u.a.

- Planung einschließlich erforderlicher Abstimmung mit dem Staatl. Bauamt
- bauliche Abwicklung erfolgt im Rahmen des Wegebbaus, „nur“ als selbständiger Bestandteil bei Ausschreibung und Abrechnung
- Auftrag des IB Dost endet nach heutiger Auftragslage mit der Abnahme und Schlussrechnungsprüfung voraussichtlich Ende 2019.

Die sich anschließende fünf jährige Gewährleistungsphase (bis voraussichtlich 2024)

- Für die Prüfung, ob aufgrund der Errichtung der Überquerungshilfe ein ökologischer Ausgleich erforderlich ist und ggf. diesen zu erbringen, verbleibt abschließend in der Zuständigkeit des Staatl. Bauamtes.
- Gemeinde bekommt alle im Rahmen der Realisierung der Überquerungshilfe entstehenden Aufwand, insb. Grunderwerbs-, Planungs-, Bau- bis hin zu Prüf- und Vermessungskosten sowie eine 10% Verwaltungsaufwandspauschale erstattet.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat genehmigt die Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Staatliche Bauamt Freising bezüglich der Planung und des Baus einer Überquerungshilfe auf der Bundesstraße 13 Nähe Einmündung der Hauptstraße bzw. nördlichen Zufahrt nach Haimhausen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2. Bebauungsplan Krautgärten, 7.Änderung

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 19.04.2018 die Aufstellung des Bebauungsplanes Krautgärten, 7. Änderung beschlossen. Der Entwurf des Bebauungsplanes i. d. F. vom 26.07.2018 wurde in der Sitzung gebilligt und für die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung Träger öffentlicher Belange bestimmt.

2.1 Öffentliche Auslegung gem. § 13 a i. V. mit § 13 Abs. 2 i. V. mit § 3 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Der vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 26.07.2018 gebilligte Entwurf i. d. F. vom 26.07.2018 lag in der Zeit vom 07.08.2018 bis 07.09.2018 öffentlich aus. Darauf wurde mit Bekanntmachung vom 27.07.2018 hingewiesen.

Stellungnahmen und Einwendungen wurden nicht vorgebracht.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen und Einwendungen vorgebracht wurden.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2.2 Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Der vom Gemeinderat am 26.07.2018 gebilligte Entwurf i. d. F. vom 26.07.2018 wurden dem Landratsamt Dachau sowie dem Staatlichen Bauamt als Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme übersandt.

2.2.1 Landratsamt Dachau, Fachbereich Rechtliche Belange, Schrb. vom 21.08.2018

Sachverhalt:

Es wurde folgender Hinweis vorgebracht:

Die Präambel ist der aktuellen Gesetzeslage anzupassen. Für das BauGB hat die Regierung von Oberbayern folgenden Wortlaut vorgeschlagen: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. 3634).“

Auch das Zitat für die BauNVO hat sich geändert. „Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017.“

Die BayBO wird wie folgt zitiert: Bayerische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10.07.2018 (GVBl.S. 523).“

Um Korrektur wird gebeten.

Der Planzeichnung ist eine Legende beizufügen.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt, den Hinweisen zu entsprechen und die redaktionellen Änderungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2.2.2 Landratsamt Dachau, Fachbereich Technischer Umweltschutz, Schrb. vom 22.08.2018

Sachverhalt:

Es wurde gebeten, folgenden Hinweis in die Begründung aufzunehmen:

Im Umkreis zum Plangebiet ist kein Betriebsbereich gem. § 3 Nr. 5 a BImSchG vorhanden. Insofern sind gem. § 50 BImSchG hervorgerufene Auswirkungen aufgrund von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen auf benachbarte Schutzobjekte gem. § 3 Abs. 5 d BImSchG nicht zu erwarten.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt, dem Hinweis zu entsprechen und die redaktionelle Änderung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2.2.3 Landratsamt Dachau, Fachbereich Geoinformation (GIS) , Schrb. vom 06.08.2018

Sachverhalt:

Es wurde folgender Hinweis vorgebracht:

Zur Plandarstellung:

Sachgerechte Planunterlagen müssen für den Zeitpunkt des Bauleitplanverfahrens aktuell und aussagefähig sein. Wir bitten in der Planunterlage den vorhandenen Gebäudebestand vollständig wiederzugeben. Um den Stand der Planunterlage nachvollziehen zu können, ist dieser mit Monat und Jahr auf dem Dokument anzugeben.

Die GR-Angaben bitten wir mit dem bestehenden ALKIS-Datenbestand (s. Abb. 2) zu überprüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Maßgebend sind im Bebauungsplan die festgesetzten Grundflächen. Die Ermittlung der Grundfläche der Bestandsgebäude ist deshalb nicht relevant.

Die Straßenkurzbezeichnung St 2339 sowie die Flurstücksnummer 850/4 bitten wir zu ergänzen.

Zur Begründung:

Pkt. 6.4 und 8

Die Bezeichnung St 2336 bitten wir in St 2339 zu ändern.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt, den Hinweisen zu entsprechen und die redaktionellen Änderungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

**2.2.4 Landratsamt Dachau, Fachbereich
Kreisbrandinspektion/Brandschutzdienststelle, Schrb. vom 02.8.2018**

Sachverhalt:

Es wurde folgende Stellungnahme abgegeben:

Gegen die geplante Maßnahme bestehen keine Einwände. Bitte beachten Sie folgende Hinweise:

Löschwasserversorgung

Rechtliche Vorgaben:

Nach Art. 1 Abs. 1 BayFwG haben die Gemeinden als Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis dafür zu sorgen, dass drohende Brand- und Explosionsgefahren beseitigt und Brände wirksam bekämpft werden (abwehrender Brandschutz) sowie ausreichende technische Hilfe bei sonstigen Unglücksfällen oder Notständen im öffentlichen Interesse geleistet wird (technischer Hilfsdienst)

Nach Abs. 2 haben die Gemeinden zur Erfüllung dieser Aufgaben in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gemeindliche Feuerwehren (Art. 4 Abs. 1 BayFwG) aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten. Sie haben außerdem in diesen Grenzen die notwendigen Löschwasserversorgungsanlagen bereitzustellen und zu unterhalten.

Nach dem Arbeitsblatt W 405 des deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) können alle Löschwasserentnahmestellen in einem Umkreis von 300 m um die bauliche Anlage herangezogen werden. D. h. aber nicht, dass die erste nutzbare Löschwasserentnahmestelle erst in 300 m Entfernung sein darf. Auch hier sind wiederum die 75 m nutzbare Schlauchlänge der Feuerwehr heranzuziehen, da ansonsten das Wasser nicht zum Einsatzfahrzeug herangeführt werden kann um von diesem dann, ggf. mit einer Druckerhöhung verteilt zu werden. Der vorzuhaltende notwendige Löschwasserbedarf richtet sich nach der Art der durch die Gemeinde zugelassenen baulichen Nutzung (Bebauungsplan). Als Planungsgröße kann hierzu das Arbeitsblatt W 405 des DVGW herangezogen werden.

Hinweis

Wird die Bereitstellung von Wasser an einen Zweckverband übertragen, sind zudem Regelungen zur Bereitstellung von Löschwasser und deren Entnahme Einrichtungen (Hydranten; einschließlich deren Pflege) vertraglich festzulegen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entnahme von Löschwasser auch weiterhin für Einsätze oder Übungen durch die gemeindliche Feuerwehr jederzeit und kostenfrei möglich ist.

Rettungshöhen

Aus Aufenthaltsräumen von nicht ebenerdig liegenden Geschossen muss die Rettung von Personen über zwei voneinander unabhängigen Rettungswegen gewährleistet sein. Bei baulichen Anlagen ohne besondere Art und Nutzung und einer Fensterbrüstungshöhe von max. 8 m kann der 2. Rettungsweg auch über tragbare Leitern der Feuerwehr sichergestellt werden.

Hierzu ist es aber erforderlich, dass bei Aufenthaltsräumen im Dachgeschoss die notwendigen Fenster mit Leitern der Feuerwehr direkt anleiterbar sind (Art. 31 BayBO).

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt die Hinweise zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2.2.5 Staatliches Bauamt , Schreiben vom 28.08.2018

Sachverhalt:

Es wurde folgende Stellungnahme abgegeben:

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Staatl. Bauamtes Freising keine Einwände.

Ziele der Raumordnung und Landesplanung bzw. beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen sind nicht berührt.

Einwendung mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen bezüglich Bauverbot:

Auf freier Strecke gilt gemäß Art. 23 Abs 1. BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke Bauverbot. Es besteht jedoch Einverständnis, dass die Hochbauten wie im Plan dargestellt bis auf 10 m an die Staatsstraße heranreichen.

Die Abweichung ist vertretbar, da der Abstand der bestehenden Bebauung auf den Grundstücken mit den Flurnummern (1456/6 und 1456/7) noch näher an die Staatsstraße heranreicht.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt von der Stellungnahme vom 28.08.2018 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

2.3 Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden keine Einwendungen erhoben. Aufgrund der Anregungen im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange sind nur redaktionelle Änderungen erforderlich. Daher kann der Satzungsbeschluss gefasst werden. Mit Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses wird der Bebauungsplan rechtskräftig.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan i. d. F. vom 27.09.2018 unter Einarbeitung der redaktionellen Änderungen gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

3. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 26.07.2018

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt die Rechtslage für die in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, so, dass für diese zu keinem Zeitpunkt die Gründe der Geheimhaltung wegfallen werden.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

4. Bericht des Bürgermeisters

4.1 Allgemeines

Sachverhalt:

Mit den Sitzungsunterlagen bzw. im Rahmen der Sitzung wurde zur Information an alle Ratsmitglieder verteilt:

- Das Steuergeheimnis im Gemeinderat
(Ausgabe Bayerischer Gemeindetag 8/2018)

5. Wünsche und Anregungen

5.1 Miteinander - Füreinander e.v. Haimhausen

Diskussionsverlauf:

Frau Angelika Goldfuß lud alle Gemeinderatsmitglieder (sowie die gesamte Bevölkerung) recht herzlich zum diesjährigen Schafkopf-Turnier am 5.10.2018 / 19:30 Uhr sowie zur Benefiz-Veranstaltung am 06.10.2018 / 14:00 Uhr des Vereins „Miteinander- Füreinander“ in die Schulaula ein.